Nummer 188 — 31. Jahrgang

Erscheint 6mal wöchtl. mit illustr. Gratisbeilagen „Heimat und Welt" und der Kinderbeilage „Für unsere kleinen Leute", sowie den Textbeilagen „Unterhaltung und Wissen", „Die praktische Hausfrau", „Das gute Buch". Monatlicher Bezugspreis Ausgabe A mit SL.-Benno-Blatt ℳ 2,70 Ausgabe B ohne SL.-Benno-Blatt ℳ 2,20 Einzelnummer 10 ₰ Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰. Hauptschriftleiter: Dr. G. Dobrzyk, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Ausgabe A und B

Freitag, den 12. August 1932

Verlagsort: Dresden

Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰, Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 69 mm breit, 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰, die Petitreklamezeile 1,30 ℳ. Beilegeb. 30 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Geschäftlicher Teil: G. Winkel, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania, Buchdruckerei und Verlag Dresden-A. 1, Pollerstr. 17. Fernruf 21 012. Postscheckkonto Dresden 1028. Bankkonto Stadtbank Dresden Nr. 94767.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1 Pollerstraße 17. Fernruf 20711 und 21 012

Der Memelstreit

Entscheidung des Haager Gerichtshofes

enb. **Haag**, 11. August. (E. M.) **Der Ständige internationale Gerichtshof im Haag hat heute vormittag seine Entscheidung in der von den Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens und Japans gegen Litauen anhängig gemachten Streitsache wegen der verschiedenen litauischen Maßnahmen im Memelgebiet verkündet. Die Entscheidung ist mit 10 gegen 5 Stimmen gefällt worden und beantwortet die sechs gestellten Fragen dahin, daß die Absetzung des Direktoriumspräsidenten unter gewissen Voraussetzungen zulässig ist, aber eine Beendigung der Amtsdauer der Direktoriumsmitglieder nicht nach sich zieht, ebenso daß die Auflösung des Memeler Landtags, die am 22. März dieses Jahres erfolgt ist, nicht zulässig war.**

wtb. **Haag**, 11. August. In einer um 10.30 Uhr holländischer Zeit (10.10 Uhr deutscher Zeit) eröffneten öffentlichen Sitzung verkündete heute vormittag der Ständige Internationale Gerichtshof seine Entscheidung im Memelstreit, der bekanntlich am 11. April dieses Jahres auf Grund des Artikels 17 der Pariser Memelkonvention beim Haager Gerichtshof von den Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens und Japans gegen die Regierung Litauens anhängig gemacht wurde und in dem Mitte Juni und Mitte Juli ausführliche mündliche Verhandlungen im Haager Friedenspalast stattfanden.

Die Entscheidung ist mit 10 gegen 5 Stimmen gefällt worden. Die Minderheit wird von dem deutschen Richter Professor Schücking, sowie von de Bustamente (Cuba), Altamira (Spanien), van Eysinga (Holland) und Anzilotti (Italien) gebildet.

In seiner Entscheidung bejaht der Gerichtshof die ihm zur Beantwortung vorgelegte erste Frage, ob der Gouverneur des Memelgebietes das Recht zur Entlassung des Präsidenten des Direktoriums besitzt, aber mit der ausdrücklichen Einschränkung, daß die Absetzung nur als Maßnahme zum Schutze der Staatsinteressen und in Ermangelung anderer Mittel in solchen Fällen zulässig ist, in denen eine schwere Beeinträchtigung der litauischen Souveränität als vorliegend anzusehen sei. Hiermit ist gleichzeitig auch die zweite Frage, ob dieses Recht eventuell nur unter bestimmten Bedingungen ausgeübt werden kann, beantwortet. Verneint wird dagegen die dritte Frage, ob eine Entlassung des Präsidenten des Direktoriums auch das Ende der Amtsdauer der Mitglieder des Direktoriums nach sich zieht. Die vierte Frage, ob für den Fall, daß das Recht zur Entlassung des Präsidenten dem Gouverneur nur unter bestimmten Bedingungen zusteht, die Entlassung des ehemaligen Präsidenten Böttcher unter solchen Bedingungen erfolgt sei, wird aber wieder bejaht.

Die fünfte Frage, ob die Einsetzung des von Simaitis präsidierten Direktoriums unter den Umständen, unter denen sie erfolgte, rechtsgültig gewesen ist, wird vom Gerichtshof ebenfalls bejaht. Die besonders wichtige sechste und letzte Frage, ob die am 22. März 1932 erfolgte Auflösung des Memeler Landtages zu Recht erfolgt ist, wird vom Gerichtshof aber wieder entschieden verneint. Der Gerichtshof hat ferner den neuen litauischen Kompetenzeinwand bezüglich der beiden letzten Punkte nochmals zurückgewiesen.

Nach dem Putsch

Hinrichtung spanischer Offiziere? — 8 Todesopfer in Madrid

wtb. **London**, 11. August. **Aus Madrid wird gemeldet, die Regierung habe Befehl erteilt, daß ein General, der gestern in Madrid zusammen mit anderen Offizieren verhaftet wurde, bei Tagesanbruch erschossen werden soll. Der Name des Generals sei nicht bekannt. Weiter wird gemeldet, daß auch zwei andere in die Bewegung verwickelte Offiziere erschossen werden sollen.** — Eine amtliche Bestätigung dieser Nachricht liegt noch nicht vor.

Die Armee auf seiten der Regierung.

wtb. **Madrid**, 11. August. Mittwoch abend fand hier, wie die Agentur Fabra berichtet, eine großartige Volkskundgebung für die Republik und die gegenwärtige Regierung statt. Große Menschenmassen durchzogen die Hauptstraßen der Stadt unter Hochrufen auf die Organe der Staatsgewalt.

Alle Garnisonen Spaniens stehen, wie die Agentur Fabra weiter meldet, bedingungslos auf seiten der Regierung.

Nach einer Agenturmeldung aus Madrid sollen die Arbeitergewerkschaften von Sevilla und Umgegend den Generalstreik erklärt haben, um die Aktion der Aufständischen zu unterbinden.

Nach einer weiteren Agenturmeldung aus Madrid wird in amtlichen Kreisen erklärt, daß der ehemalige König Alfons in keiner Weise an der Aufstandsbewegung beteiligt zu sein scheine.

General Sanjurjo verhaftet?

wtb. **Madrid**, 11. August. General Sanjurjo, der Leiter der Aufstandsbewegung in Sevilla soll nach neueren Meldungen nicht nach Portugal geflüchtet, sondern verhaftet worden sein.

Kapitulation der Aufständischen in Sevilla.

wtb. **Madrid**, 11. August. Die aufständischen Truppen in Sevilla haben sich, wie die Agentur Fabra meldet, ergeben. General Sanjurjo ist geflohen, wie man annimmt, nach Portugal.

*

Bei den Zusammenstößen in Madrid sind acht Personen durch Gewehrschüsse getötet und zahlreiche Personen verletzt worden.

Nach Polizeimeldungen sind bisher mehr als 200 Personen verhaftet worden. Unter ihnen befinden sich viele wegen ihrer monarchistischen Einstellung bekannte Persönlichkeiten, so der Gynäkologe Professor Galvez, die Generale Godet, Conzales Carrasco und Calvacanti und der Bruder des früheren Finanzministers Sotelo. In Malaga ist der Arbeitsminister im Kabinett Berenguer, Estrata, festgenommen worden.

Ueber den Aufstandsversuch in Jerez de la Frontera wird ergänzend mitgeteilt, daß die Bevölkerung bei der Nachricht vom Aufstand der Gendarmen deren Kaserne stürmte und den kommandierenden Oberst gefangensetzte. Dieser entging nur durch das Eingreifen der Polizei der Lynchjustiz.

Ministerpräsident Azana gab in der Kammer eine Schilderung des bisherigen Verlaufes der Aufstandsbewegung. Der Regierung sei bekannt gewesen, daß das Komplott bereits in der vergangenen Woche zur Ausführung kommen sollte, dann aber aus nicht bekannten Gründen vertagt wurde. Der Ministerpräsident stellte mit Genugtuung fest, daß nur noch Sevilla unter General San Jurgo von den Aufständischen beherrscht sei. Er kündigte für die Zukunft eine strengere Handhabung des Gesetzes gegen die Gegner der gegenwärtigen Staatsform an. Die Kammer, mit Ausnahme der fünf Agrarier, sprach der Regierung ihr Vertrauen aus.

Der Präsident der Generalität Katalonien, Oberst Macia, richtete an den Präsidenten der Republik und an den Ministerpräsidenten Telegramme, in denen er sie der Loyalität der Katalonen versichert. Die Gewerkschaften von Barcelona sollen beabsichtigen, falls in Katalonien sich eine monarchistische Bewegung geltend mache, den Generalstreik zu erklären.

Die letzten Nachrichten aus Spanien stimmen darin überein, daß, abgesehen von Sevilla, im ganzen Land Ruhe herrscht.

Initiative des Zentrums zur Regierungsbildung in Preußen

enb. **Berlin**, 11. August. (E. M.) Wie wir erfahren, hat die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags nunmehr die Initiative zur Konstituierung einer preußischen Regierung gegeben. Die Fraktion hat eine Einladung an die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen ergehen lassen, am Sonnabend, 13. August, vormittags zur Aussprache über die Wahl eines Ministerpräsidenten und die damit zusammenhängende Bildung einer Regierung zusammenzukommen.

Besprechungen über die Verfassungsstreitsache

wtb. **Berlin**, 10. August. Auf Einladung des Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich waren heute in Leipzig die Vertreter Preußens, Bayerns, Badens und des Reiches zu einer Besprechung über die weitere Behandlung der drei schwebenden Verfassungsstreitklagen zusammengetreten. Es wurde allseitig der Wunsch nach möglichster Beschleunigung geäußert. Uebereinstimmung bestand darüber, daß ein möglichst baldiger Abschluß des Schriftwechsels der Parteien anzustreben ist.

In der Schwebe

Die Kabinettssitzung der Reichsregierung, die gestern in den späten Nachmittagsstunden stattfand, hat in ihrem Ausgange wieder einmal alle voreiligen Konjekturen über den Haufen geworfen. Fast die gesamte Berliner Abendpresse ließ sich in dem Sinne aus, als ob die Gesamtdemission Papens noch am Abend zu erwarten sei und Hitler mit der Neubildung des Kabinetts von Hindenburg beauftragt würde. Ja, man ging sogar schon weiter Diejenigen, die das Gerücht von der bevorstehenden Kanzlerschaft Hitlers eifrigst kolportierten, wußten nicht nur den „Kopf" des neuen Kabinetts zu nennen, sondern servierten gleichzeitig die fast schon fertige Liste der kommenden Minister. So wollte man wissen, daß Papen an die Stelle des sich nach London zurückziehenden von Neurath rücke, Schleicher werde bleiben, als beinahe schon designierter Innenminister figurierte Strasser, während man das Verkehrsministerium dem nationalsozialistischen Abgeordneten Göring beilegte. In diese etwas hitzige Atmosphäre übereilter Kombinationen brachte der nüchterne Ausgang der Kabinettssitzung die notwendige Abkühlung. Beschlüsse hat das Kabinett trotz beinahe dreistündiger Beratung nicht gefaßt. Nun wurde bekannt, daß Hindenburg, zunächst wenigstens, nicht an eine Neubildung, sondern nur an eine Umbildung des Kabinetts mit Papen an der Spitze denkt. Aus diesem Grunde werden auch die in diesen Tagen notwendigen Verhandlungen zur Fühlungnahme mit den einzelnen Parteiführern von Papen geführt, der somit vorläufig noch fest im Sattel sitzen dürfte.

Für Papen gilt es nun zunächst, mit den einzelnen Parteien in Fühlung zu treten. Für das Zentrum werden an der Besprechung teilnehmen die Abgeordneten Joos und Volz. Wahrscheinlich wird Hitler am Freitag empfangen.

Ob allerdings die Lösung der Aufgabe, wie sie sich Hindenburg und Papen gestellt haben, gelingt, muß stark bezweifelt werden. Die Bemühungen Papens gehen darum, bei Wahrung des präsidialen Charakters der Regierung die Nationalsozialisten zu beteiligen. Daß für das Gelingen dieses Bemühens bis jetzt noch nicht die rechten Voraussetzungen vorhanden sind, erhellt aus den Verlautbarungen der nationalsozialistischen Presse, die nach wie vor für Adolf Hitler die Führung des Kabinetts beanspruht. So schreibt der Berliner „Angriff" in seiner bekannt arroganten Art: „.... es muß daher die erste Konsequenz dieser Notverordnungen darin bestehen, daß man nunmehr auch dem Nationalsozialismus die Regierung überträgt. Will man der gewaltigsten deutschen Volksbewegung weiterhin die Macht vorenthalten, die ihr zukommt, so schafft man dadurch nur neue Unruheherde. Es ist eine Unverschämtheit, uns heute noch zuzumuten, wir sollten uns mit dem Reichsarbeitsministerium und dem Reichswirtschaftsministerium begnügen. Es gibt für uns nur zwei Möglichkeiten: Entweder wir übernehmen die Regierungsführung, oder wir bekämpfen diese Regierung so lange, bis uns unser Recht wird. Es würde ein Kampf gegen die Regierung unsererseits diese sehr schnell in die Knie zwingen, da er von einer ungeheuren Volksbewegung getragen wäre und sie sich auf keine anderen Kräfte im Volk stützen könnte." In der Tat klingen diese forschen „Angriffstöne" recht schlecht zu den friedlichen Weisen, mit denen Papen die Nationalsozialisten in sein Kabinett einzuspannen versucht. Man sieht, die ganze Frage der Regierungsumbildung im Reich ist noch völlig offen.

Was wird aber geschehen, wenn es Papen nicht gelingt, die Nationalsozialisten für sein Kabinett zu gewinnen? Dann wird man nicht umhin können, zu der in letzter Zeit ganz außer der Ordnung gekommenen parlamentarischen Basis für die Regierung zurückzukehren. Zweifellos liegen die Chancen einer parlamentarisch fundierten Mehrheitsregierung mindestens so ungünstig wie die des Versuches, die Nationalsozialisten in ein Kabinett einzugliedern, das nicht 100prozentig nach nationalsozialistischer Flöte tanzt.

Die wirren innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland aber, aus denen bis zur Stunde noch keine klare Sicht möglich ist, sind lediglich notwendige Folgen jenes unverantwortlichen Sturzes Brünings, dem man die Staatsführung aus den Händen nahm, ohne daß man einen Nachfolger hätte aufweisen können, der mit Umsicht und Tatkraft sein Erbe hätte antreten können.

Wl.

SLUB
Wir führen Wissen.